

AUFSÄTZE UND MISZELLEN

OTTOKAR LUBAN

Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme

Die seit der Perestroika bzw. Friedlichen Revolution in russischen und deutschen Einrichtungen frei zugänglich gewordenen Archivalien sind bisher kaum dazu genutzt worden, die Beziehungen zwischen deutschen und russischen Sozialisten in den Monaten vor der Novemberrevolution 1918 in Deutschland zu beleuchten. Ausnahmen bilden eine exzellente Studie von Alexander Vatlin, eine Dokumentation von Feliks Tych und zwei Aufsätze des Verfassers mit benachbarter Thematik.¹ Um diese Lücke weiter zu schließen, sollen im Folgenden die Aktivitäten des russisch-bolschewistischen Botschafters in Berlin Adolphe A. Joffe zur Revolutionierung der deutschen Arbeiterschaft und die korrespondierenden Bestrebungen der deutschen Linkssozialisten (USPD, Spartakusgruppe, Revolutionäre Obleute)² untersucht werden.

Die Konfrontation des bolschewistischen Botschafters mit der Schwäche der deutschen Linken

Ende April 1918 kam nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem revolutionären Russland und dem deutschen Kaiserreich Adolphe A. Joffe als russischer Botschafter nach Berlin. Gleich nach seinem ersten offiziellen Besuch im Auswärtigen Amt führte sein Weg in die Privatwohnung des zur Spartakusführung gehörenden 72-jährigen Literatur- und Parteihistorikers Franz Mehring. Andere prominente Spartakusführer wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches befanden sich in Haft, Clara Zetkin

1 Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (im Folgenden: JHK) 2007, S. 180–200; Feliks Tych / Ottokar Luban: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kassiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918, in: IWK – Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im Folgenden: IWK) 33 (1997), H. 1, S. 92–102; Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Bochum, 36 (2006), S. 115–126; ders.: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Schkeuditz 2008, S. 127–171.

2 Die Bremer und Hamburger Linksradikalen werden zum einen aus Platzgründen vernachlässigt, zum anderen wegen der Zerschlagung der Gruppen in der vorrevolutionären Zeit durch die Polizei.

wohnte in Sillenbuch bei Stuttgart und war aufgrund ihres Herzleidens nicht reisefähig. Auch mit USPD-Politikern nahm Joffe Kontakt auf.³ Zum 1. Mai lud der russische Sozialist die führenden Genossen der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einem festlichen Abendessen in die Botschaft ein, auf der die rote Fahne gehisst war. »[...] es wurden Reden gehalten, kämpferische Worte, gute revolutionäre Losungen waren zu vernehmen – darin sind die Deutschen Meister [...]«. Dies berichtete Joffe voll Ironie nach Moskau. Die tatsächliche Situation der deutschen Linken wirkte auf den bolschewistischen Botschafter ernüchternd: »Eine reale Opposition gibt es nicht. Die Unabhängigen sind schlapp und ekelerregend prinzipienlos, sie sind zutiefst davon überzeugt, dass die Rettung nur in der Niederlage im Westen besteht, doch beeindruckt von der rohen Gewalt der deutschen Waffen fürchten sie sich vor einer möglichen Niederlage [der Entente]. Ihre gesamte Politik ist aufs Geratewohl gebaut und ist von Schwankungen gekennzeichnet, die von Explosionen der Hoffnungen auf den Sieg Frankreichs bis zur völligen Depression beim Fehlen oder der Minderung dieser Hoffnung reichen. Die Spartakisten sind völlig zerschlagen, der größere Teil von ihnen befindet sich zur Zeit im Gefängnis, die übrigen sind eingeschüchtert und kraftlos.«⁴

Joffe hatte die deutschen Linken an einem Tiefpunkt ihrer Entwicklung angetroffen. USPD und Spartakusgruppe waren wegen ihrer Beteiligung an den Massenstreiks von Ende Januar, Anfang Februar 1918 von den massivsten staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen seit Kriegsbeginn betroffen. Viele ihrer aktiven Mitglieder waren zwangsweise an die Front geschickt oder zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Dies schwächte die Linke nicht nur personell, sondern schüchterte auch die Arbeiterschaft ein, wie der Berliner Polizeipräsident von Oppen am 22. Mai 1918 rückblickend festhielt.⁵ Mit der Unterzeichnung des Diktatfriedens mit Russland am 3. März und der am 21. März 1918 beginnenden, in den Zeitungen propagandistisch groß herausgestellten Westoffensive der deutschen Armee war in der Bevölkerung erneut Hoffnung auf einen Siegfrieden geschürt worden. In dieser Atmosphäre hatte der Kandidat der USPD bei einer Reichstagsnachwahl in der linken Hochburg Niederbarnim (östliche und nordöstliche Vororte Berlins) eine schwere Niederlage gegen den Vertreter der Mehrheitssozialdemokratischen Partei erlitten.⁶ In der USPD war die Bestürzung immens. »Seit dem Ausfall der Wahl in Niederbarnim zittern diese Helden sehr

3 Joffe an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, 2. 5. 1918, in: Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii / Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (im Folgenden: AVP RF), Moskau, f. 04, papka 70, d. 987, Bl. 29. Für die Übersetzungen der meisten russischen Texte danke ich Prof. Dr. Alexander Vatlin.

4 Joffe an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, o. D. [ca. 7./8. 5. 1918], in: Adolphe A. Joffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente. Eingeleitet, übersetzt und kommentiert von Dietmar Wulff. Teil I. Mai 1918, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1 (1995), S. 209–247, hier S. 231 u. S. 232 f. Siehe auch: Oberkommando in den Marken, 28. 5. 1918 (Abschrift), in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (im Folgenden: PA, Berlin), R 2037, unp.

5 Ingo Materna / Hans-Joachim Schreckenbach / Bärbel Holtz (Hg.): Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. 1914–1918 (= Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, 1914–1918), Weimar 1987, S. 277.

6 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 381–384.

für ihre Mandate. Auch [Wilhelm] Dittmanns Strafe schwebt ihnen abschreckend vor. Mit *den* Leuten ist die Welt nicht zu erobern [...].⁷ Dieses negative Urteil der Assistentin der Spartakusführung Mathilde Jacob in einem Brief an Clara Zetkin vom 4. April 1918 entsprach offenbar der unter den Spartakusführern vorherrschenden Meinung, wie auch ein Kommentar zum Wahlergebnis in ihrer illegal erscheinenden Zeitschrift *Spartacus* zeigt.⁸ Adolphe A. Joffe teilte diese Kritik und berichtete in diesem Sinne – auch in späteren Schreiben – nach Moskau, ohne auf die politische Gesamtsituation hinzuweisen, in der die USPD handelte. Ohne Rücksicht auf die in der Arbeiterschaft vorherrschende Stimmung forderte er – wie auch die Spartakusgruppe – von der USPD ein ständiges Drängen auf revolutionäre Massenaktionen.⁹

Clara Zetkin und Franz Mehring hatten die Machtübernahme durch die Bolschewiki in Russland in Zeitungsartikeln vom November und Dezember 1917 sowie Januar 1918 begrüßt – Zetkin in der ihr eigenen Art begeistert, fast überschwänglich, Mehring eher zurückhaltend.¹⁰ Rosa Luxemburg hatte im Januar 1918 im *Spartacus* die mit dem Sieg der russischen Revolution verbundene Friedenshoffnung, aber auch die Gefahr einer Stärkung des militaristischen, halbabsolutistischen Regimes in Berlin als Folge eines deutschen Siegfriedens hervorgehoben. Der einzige Ausweg sei eine revolutionäre Erhebung im Westen, vor allem in Deutschland.¹¹ Diese Argumentation zieht sich in den letzten Kriegsmonaten bis zur deutschen Novemberrevolution 1918 als roter Faden durch viele Schriften der Spartakusgruppe.

Die Spartakusgruppe, die als informeller linksradikaler Kreis in der USPD hauptsächlich als wirkungsvolle konspirative revolutionäre Propagandatruppe gearbeitet hatte, war seit dem 24. März 1918 durch die Verhaftung ihres Leiters Leo Jogiches und seiner Berliner Helfer für einige Monate politisch weitgehend aktionsunfähig.¹² Mühsam versuchte Mathilde Jacob, die Vertraute von Luxemburg und Jogiches, einige der in Freiheit ver-

7 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (im Folgenden: SAPMO-BArch), NY 4005, Nr. 78, Bl. 156 f. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann war zu Festungshaft verurteilt worden.

8 *Spartacus* Nr. 9, Juni 1918, in: *Spartakusbrieфе*, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [Ost] 1958, S. 426–429.

9 Für Beispiele entsprechender Stellungnahmen der Spartakusgruppe siehe: *Spartakusbrieфе* (Anm. 8), S. 452 f., 468 u. 470.

10 Siehe bspw. folgende Artikel Clara Zetkins in der Frauenbeilage der Leipziger Volkszeitung: Für den Frieden, 16. 11. 1917; Der Kampf um Macht und Frieden in Russland, 30. 11. 1917; Kein bängliches Zagen, 11. 1. 1918; Neues und Altes, 25. 1. 1918; alle nachgedruckt in: Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917–1933, Berlin [Ost] 1977, S. 33–60. Siehe auch: Franz Mehring: Tragik oder Unvernunft?, in: Leipziger Volkszeitung vom 19. 12. 1917; ders.: Neujahr 1918, ebd., 31. 12. 1917, nachgedruckt in: Franz Mehring: Politische Publizistik 1905–1918 (= Gesammelte Schriften, Bd. 15), Berlin [Ost] 1977, S. 755–760.

11 Rosa Luxemburg: Die geschichtliche Verantwortung (*Spartacus* Nr. 8, Januar 1918), in: *Spartakusbrieфе* (Anm. 8), S. 409–411; ebenfalls abgedruckt in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, hg. von Annelies Laschitzka, Bd. 4, 6., überarb. Aufl., Berlin 2000, S. 374–379, hier S. 377 u. 379.

12 Siehe Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915–1918). Einige Ergänzungen zu ihren politischen Biographien, in: IWK 31 (1995), H. 3, S. 307–331, bes. S. 323 f. u. 328 f.

bliebenen, aber aus verschiedenen Gründen passiv gewordenen Anhänger wieder für die illegale Arbeit zu aktivieren.¹³ Erst Anfang Mai übernahm der frühere Arbeitersekretär Karl Schulz aus Halberstadt nach seiner Desertion unter dem Decknamen Holz die Leitung der illegalen Spartakusagitation.¹⁴ In der Folge besuchte er oft die zur Spartakusführung gehörenden Eheleute Hermann und Käte Duncker, deren Wohnung in Berlin-Steglitz während der Kriegszeit häufig als informeller Treffpunkt der deutschen Linken diente, wobei manchmal auch russische Sozialisten zu Gast waren. Auch in anderen Privatwohnungen, wie bei Franz Mehring, gab es Gesprächsrunden mit russischen Genossen. Ebenso suchten Hermann und Käte Duncker die russische Botschaft zu Gesprächen auf.¹⁵ Insgesamt vermitteln die Briefe der Dunckers das Bild eines intensiven Kontakts der Spartakusführung mit den in Berlin weilenden Bolschewiki. Auch USPD-Reichstagsabgeordnete wie Hugo Haase, Georg Ledebour, Oscar Cohn, Ewald Vogtherr, August Erdmann und Eduard Bernstein sowie andere Linke besuchten häufig die russische Botschaft.¹⁶ In einer Diskussionsrunde Ende Mai 1918 in der Wohnung der Dunckers mit fünf russischen Sozialisten und deutschen Gästen wie dem nach Berlin umgezogenen Stuttgarter Redakteur Jacob Walcher, dem zur Spartakusführung gestoßenen Rechtsanwalt Paul Levi aus Frankfurt am Main und Karl Liebknechts Frau Sophie, insgesamt 15 Personen, überwog erstaunlicherweise eine deutlich negative Sicht der revolutionären Zukunftsaussichten, wie Hermann Duncker berichtete. »Das Erdrücken der russischen Revolution durch Deutschland« wurde als »unausweichlich« angesehen. Da Deutschland im Westen militärisch nichts erreichen werde, »wird man im Osten nach den Lorbeeren zu greifen versuchen«. Die deutschen Militärs würden ganz Russland erobern und noch 1918 wieder eine bürgerliche oder zaristische Regierung einsetzen. Der Krieg würde noch zwei Jahre weitergehen, mit dem Ergebnis »große Depression«. Aber es bestehe auch »Aussicht auf innerdeutsche Revolution. Kommt es zu der, so wird auch die russ. Revolution *wieder* u. endgültig auferstehen! [...] Ich rechne dabei auf revolutionäre Aktivität in Deutschland erst in ca. 2 Jahren.«¹⁷

Die fortdauernde Schwäche der deutschen Linken

Die Aktivierung der Spartakusorganisation ging nur sehr langsam voran. Erst im Juni 1918 konnte der *Spartacus* Nr. 9 gedruckt werden, fünf Monate nach der vorangegan-

13 Siehe ders.: Mathilde Jacob. Mehr als Rosa Luxemburgs Sekretärin! Mit dem Text von M. Jacobs einziger öffentlicher Rede (19.12.1920), in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung III/2002, S. 114 f.

14 Hermann Duncker an seine Tochter Hedwig, 5.5.1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 260; siehe auch Luban: Ermittlungen (Anm. 12), S. 328 f.; Bundesarchiv, Berlin [BArch, Berlin], R 3003, J 638.18, Bl. 1–14.

15 Siehe Hermann Dunckers Briefe an seine Tochter Hedwig vom 10.5., 27.5., 15.6., 28.6. u. 12.8.1918 bzw. an seine Frau Käte vom 13.7., 25.7. u. 12.8.1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 260–262, 267, 275 f., 278 f. u. 285–287 [auch Besuch bei Mehring] bzw. Nr. 141, Bl. 21, 44–46 u. 77.

16 Polizeipräsident von Berlin, 3.8.1918, in: PA, Berlin, R 2037, unpag. [S. 3 des Berichts].

17 Hermann an Hedwig Duncker, 27.5.1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 267.

nen Ausgabe. Durch einen Zufall wurde die Polizei jedoch auf die Druckerei aufmerksam, verhaftete den Besitzer und beschlagnahmte 6000 Exemplare. Der Neudruck, zusammen mit der Herausgabe von Flugblättern, konnte erst einen Monat später erfolgen.¹⁸ Anfang Juni gab Joffe – in Beantwortung einer Anfrage Lenins – erneut eine negative Einschätzung der Einsatzfähigkeit der Spartakusgruppe ab: »Was die revolutionäre Arbeit betrifft, so schrieb ich bereits, dass die Unabhängigen absolut unzuverlässig, die Spartakisten indes zerschlagen sind. Einen illegalen Apparat gibt es nicht, und illegale Literatur, außer Proklamationen [Flugblätter] herauszugeben, gelingt nicht. [...] es ist sehr schwer, etwas zu tun, denn die Besten sitzen in Haft, und die anderen sind wenig zu gebrauchen, denn sie sind zu alt oder zu jung.«¹⁹ Clara Zetkin und Franz Mehring nahm er teilweise von dieser Kritik aus, indem er sie als Verfasser mehrerer Artikel lobend erwähnte.²⁰ Drei Wochen später, am 24. Juni, berichtete Joffe an Lenin, dass er zwar den deutschen Linken jede finanzielle Unterstützung angeboten habe, jedoch von Ernst Meyer, dem früher beim *Vorwärts* tätigen Journalisten und Mitglied der Spartakuszentrale, die Antwort bekomme habe, nur für die Herausgabe einer weiteren Auflage von Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre bestehe eventuell Bedarf – »[...] etwas anderes lohnt nicht«. Immerhin konnte Joffe ein neu erschienenes Spartakusflugblatt nach Moskau mitschicken.²¹

Immer wieder versuchte der russische Botschafter, aktivierend auf die USPD-Führer einzuwirken. So berichtete Hermann Duncker Mitte Juni seiner Tochter, es sei in der Botschaft zu einer »sehr angeregten Diskussion« gekommen. »Es wurde Ledebour u. Haase der Kopf gewaschen.«²² Doch über zwei Monate später musste Joffe in einem weiteren Brief an Lenin eingestehen, dass seine Versuche einer Einflussnahme erfolglos geblieben seien: USPD und Spartakusgruppe seien nicht in der Lage gewesen, einem mit wirtschaftlichen Forderungen verbundenen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet »[...] eine politische Richtung zu geben. Es wurde von den Unabhängigen und von den Spartakisten absolut nichts in dieser Hinsicht unternommen, obwohl ich persönlich [!] 100-mal mit den Genossen darüber gesprochen und wirklich Unterstützung angeboten habe.« Sein Urteil fiel noch negativer aus als zuvor: »Die Unabhängigen sind ganz hoffnungslos und untauglich als *revolutionäre* Partei. Die Besten von ihnen wie Ledebour sind Parlamentarier par excellence. Sie verstehen nichts anderes. Die Spartakisten haben Angst vor Verhaftungen. Der größere Teil der Jugend (wenn nicht nach dem Alter, so nach der revolutionären Erfahrung) ist imstande, unter einer Führung zu arbeiten, und sie haben wirklich etwas geleistet, als Tyszka [Leo Jogiches] noch frei war; und sie stellen sich vor, wenn sie einmal ein Flugblatt herausgegeben haben (das sie überhaupt nicht verteilen können), das hätte sogar schon zu

18 Hermann an Hedwig Duncker, 17. 6. 1918, in: ebd., Bl. 277. Siehe auch: BArch Berlin, R 3003, C 83/18, Nr. 2, Bl. 56.

19 Joffe an Lenin, 1.–4. 6. 1918, in: Adolphe A. Joffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente. Eingeleitet, übersetzt und kommentiert von Dietmar Wulff. Teil II. Mai–Juni 1918, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 2 (1995), S. 223–266, hier S. 236 f. Zu Lenins Anfragen siehe: ebd., S. 237, Anm. 37.

20 Ebd., S. 237.

21 Joffe an Lenin, 24. 6. 1918, in: ebd., S. 259.

22 Brief vom 14./15. 6. 1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 275.

viel revolutionären Geist.«²³ Joffe konstatierte im gleichen Bericht vom 5. September 1918 zwar einen starken Stimmungseinbruch bei den Deutschen. »Aber denken Sie bitte nicht, dass schon eine militärische Niederlage oder eine Revolution in der Nähe ist [...]. Die Regierung hat alles noch im Griff.« Zur Bekräftigung dieser Aussage berief er sich auf die Äußerung des linksradikalen Reichstagsabgeordneten Otto Rühle, »[...] dass man mit den deutschen Arbeitern jetzt nichts machen kann, und man abwarten muss«.²⁴

Wenn schon der linksradikale Abgeordnete eine fehlende Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft feststellte, wie sollte da die USPD ein Patentrezept zur Aktivierung des deutschen Proletariats haben? Der russische Botschafter scheint dafür wenig Verständnis gehabt zu haben, was möglicherweise auch auf mangelhaftem Wissen über das Ausmaß und die Auswirkungen der andauernden Repressionsmaßnahmen gegenüber den deutschen Sozialisten, den Grad der organisatorischen Schwäche sowohl bei der Spartakusgruppe als auch bei der USPD und die Mentalität der deutschen Arbeiterschaft beruhte. In seinem Bericht vom 5. September wird die erneute Zerschlagung des illegalen Spartakusapparats durch die Verhaftung des Leiters Karl Schulz und zweier wichtiger Helfer am 15. August²⁵ mit keinem Wort erwähnt. Wie sich Joffe konkret eine bessere revolutionäre Politik im Rahmen der herrschenden Bedingungen vorstellte, ist seinen Schreiben nur selten und dann nur andeutungsweise zu entnehmen.

Tatsächlich hatte sich die Politik der USPD nach dem Massenstreik Ende Januar, Anfang Februar 1918 stark radikalisiert. Namens seiner Fraktion bekannte sich der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase im Reichstag zum politischen Massenstreik als Mittel zur Erreichung des Friedens; das Friedensdiktat von Brest-Litowsk an Russland wurde im Reichstag von der USPD verurteilt und abgelehnt, die revolutionäre russische Regierung bei jeder Gelegenheit verteidigt. So propagierte Georg Ledebour im Juli 1918 im Parlament den internationalen Massenstreik für den Fall eines Angriffs der deutschen Armee auf Russland und prophezeite, dass darauf die deutsche Revolution folgen werde. Über diese radikalen Reichstagsreden wurde ausführlich in den USPD-Zeitungen berichtet, weil für die Wiedergabe von Parlamentsansprachen nicht die üblichen Zensurbestimmungen galten (die zuständigen Militärbehörden sprachen allerdings trotzdem mehrfach Veröffentlichungsverbote aus). Ähnlich scharfe Äußerungen wären auf den von der Polizei überwachten Versammlungen oder als gedruckte Erklärungen der Parteigremien nicht möglich gewesen. Die von Joffe kritisierte Konzentration auf radikale Erklärungen im Parlament hatte also den Sinn, über die anschließende Veröffentlichung in der Parteipresse eine breite Wirkung in der Arbeiterschaft zu erzielen. Die Führung der Unabhängigen Sozialdemokraten schwankte zwischen der Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden unter den Bedingungen des amerikanischen Präsidenten Wilson und der Erwartung einer revolutionären Entwicklung nach dem kommenden Winter. Doch seit Anfang Oktober verschärfte sich die Tonart der USPD-Agitation noch einmal deutlich. Es ist unklar, in wel-

23 In: Rossijskij Gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii / Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau (im Folgenden: RGASPI), f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 31 f.

24 Ebd., Bl. 33.

25 BArch Berlin, R 3003, J 638.18, Bl. 1–14.

chem Ausmaß und ab wann die Aufstandsvorbereitungen der Revolutionären Obleute und die Beteiligung Georg Ledebours und vor allem des stark engagierten kommissarischen Parteisekretärs Ernst Däumig den übrigen Mitgliedern des Vorstands – vor allem dem Parteivorsitzenden Haase – bekannt wurden. Auf jeden Fall wurden Ende Oktober Haase, Dittmann und weitere USPD-Führer zu den Beratungen der Revolutionären Obleute über den Aufstandstermin hinzugezogen.²⁶

Kritik der deutschen Linken an der bolschewistischen Revolutionspolitik

Das Eingehen der bolschewistischen Regierung auf die harten Friedensbedingungen von Brest-Litowsk und die Zusammenarbeit mit den Deutschen im Rahmen der Anfang September 1918 ratifizierten Zusatzverträge wurden von den deutschen Linken kritisiert. Liebknecht und, besonders prononciert, Jogiches äußerten sich intern, Luxemburg öffentlich im *Spartacus*, wobei als Ursache die ausbleibende deutsche Revolution gesehen wurde.²⁷ Auch unter den führenden Unabhängigen Sozialdemokraten wurden ähnliche Bedenken erhoben, die von den USPD-Zeitungen wie auch von der Mehrheit einer nicht öffentlichen Reichskonferenz Mitte September 1918 geteilt wurden. Zwar sprach sich die Konferenz gegen den roten Terror in Russland aus, lehnte jedoch die mehrfach öffentlich geäußerte massive Kritik Karl Kautskys, Eduard Bernsteins und Heinrich Ströbels an den Bolschewiki ab und begrüßte die bolschewistische Revolution grundsätzlich.²⁸ Dennoch prägten die Publikationen der wenigen kritischen Mitglieder wegen deren Prominenz das Bild nach außen. Vergeblich hatte der USPD-Vorsitzende Haase, trotz einiger Kritikpunkte ein Bewunderer der sozialistischen Politik Lenins, an Kautsky appelliert, seine Bolschewiki-kritischen Veröffentlichungen zurückzustellen. Franz Mehring und Clara Zetkin setzten sich dagegen publizistisch besonders intensiv zugunsten der Bolschewiki ein, was Adolphe A. Joffe in einem Brief an Lenin anerkennend hervorhob: »Solche Leute wie Zetkin oder Mehring begreifen wunderbar den Geist

26 Siehe Hartfried Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975, S. 108 f.; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca–London 1975, S. 110 f.; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a. M.–Berlin–Wien 1975, S. 39–41; Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin o. J. [1919], S. 30.

27 Karl an Sophie Liebknecht, 6. 7. 1918 und 12. 8. 1918, in: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. IX, Berlin [Ost] 1968, S. 545 u. 557; Leo Jogiches an Sophie Liebknecht, 7. 9. 1918, in: Tych/Luban: Die Spartakusführung (Anm. 1), S. 100; Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie [aus Spartacus Nr. 11, September 1918], in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (Anm. 11), Bd. 4, S. 385–392.

28 Siehe Petr Stučka: Gernanskije »nesawisimye« rewoljuzionery [Die deutschen »unabhängigen« Revolutionäre], in: Pravda Nr. 255 vom 24. 11. 1918, S. 1. Siehe auch: Bericht des Gouvernements der Festung Mainz vom 11. 10. 18 [über eine Versammlung der USPD Mainz mit dem Referat eines USPD-Funktionärs aus Frankfurt-Hoechst über die Reichskonferenz], in: PA, Berlin, R 382, Bl. 230; Wheeler: USPD und Internationale (Anm. 26), S. 41.

der russischen Revolution und ihre Bedeutung und sind vollkommen auf einer Linie mit uns.«²⁹

Die offizielle Proklamierung und vor allem die Praktizierung des roten Terrors durch die bolschewistische Regierung nach dem Attentatsversuch auf Lenin am 30. August 1918 stieß jedoch nicht nur bei Rosa Luxemburg, sondern auch bei anderen führenden Spartakusmitgliedern auf Ablehnung, wie die Sekretärin der Internationalen Sozialistischen Kommission der Zimmerwalder Bewegung Angelica Balabanoff am 19. Oktober nach einem Aufenthalt in Berlin in einem Brief an Lenin berichtete.³⁰ Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen Luxemburg und Lenin in der Frage des Demokratiekonzepts überwog allerdings das Interesse der Spartakusführung am Gelingen der russischen Revolution als eines ersten Schrittes zur internationalen Revolution. Diese Einstellung brachte Anfang September 1918 der besonders Bolschewiki-kritische Jogiches prägnant zum Ausdruck: Das »sozialistische Russland« sei »zwar ein *krippeliges*, aber immerhin doch *unser* Kind«.³¹

Hilfe bei der revolutionären Agitation

Anfang Juni 1918, sieben Wochen nach seiner Ankunft in Berlin, konnte Joffe auf die drängenden Anfragen Lenins zum Stand der revolutionären Agitation in Deutschland antworten, dass die Spartakusgruppe gerade ein Flugblatt gedruckt und er selbst ebenfalls eines für sie verfasst habe, auch einen Artikel für die *Leipziger Volkszeitung*. »Wir haben einige legale Zeitschriften gegründet und haben vor, weitere zu gründen, ich subventioniere einige ihrer Organe [...]«. Clara Zetkin und Franz Mehring seien für die revolutionäre Sache publizistisch sehr aktiv, er selbst könne jedoch nur wenige Artikel beisteuern, da ihn seine diplomatischen Aufgaben zu sehr beschäftigten. Je einen Beitrag von Zetkin

29 Brief Joffes vom 5. 9. 1918, in: RGASPI, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 33. Siehe dazu die Briefe Hugo Haases vom 15. 5. 1918 und 6. 8. 1918, in: Ernst Haase (Hg.): Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, Berlin o. J., S. 159–162; siehe auch Wheeler: USPD und Internationale (Anm. 26), S. 41; Morgan: The Socialist Left (Anm. 26), S. 99–103; Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992, S. 50–55.

30 In: RGASPI, Moskau, f. 5, op. 3, d. 80, Bl. 2 Rück.; zum roten Terror siehe Richard Pipes: Die Macht der Bolschewiki (= Die russische Revolution, Bd. 2), Berlin 1992, S. 796–839. Luxemburg und Jogiches blieben in diesem Punkt auch nach der deutschen Novemberrevolution 1918 bei ihrer Kritik; siehe dazu den handschriftlichen Erinnerungsbericht des polnischen Genossen Henryk Walecki, in: RGASPI, Moskau, f. 495, op. 124, d. 539, Bl. 41 Rück. Das von Rosa Luxemburg Mitte Dezember 1918 verfasste Programm des Spartakusbundes, das spätere Parteiprogramm der KPD, betonte die seit Beginn ihrer politischen Tätigkeit entwickelte und publizierte basisdemokratische Sozialismusauffassung mit einer klaren Ablehnung jeglicher Art von Minderheitenherrschaft und vorbeugendem Terror. Diese Punkte wurden von einigen Gründungsparteitagsteilnehmern als indirekte Kritik an den Bolschewiki aufgefasst; siehe dazu Luban: Rosa Luxemburgs Kritik (Anm. 1), bes. S. 123; Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005, S. 190–204 [allerdings ohne neue archivalische Quellen zum Thema]; siehe auch: Was will der Spartakusbund? In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke (Anm. 11), Bd. 4, S. 440–449, bes. S. 448.

31 Brief an Sophie Liebknecht vom 7. 9. 1918, in: Tych/Luban: Die Spartakusführung (Anm. 1), S. 100.

und Mehring sowie die Rede eines deutschen Genossen – höchstwahrscheinlich aus dem Reichstag – schickte er zur Veröffentlichung in Russland nach Moskau.³²

Mitte Juni meldete Joffe nach Moskau, dass »unter dem Firmendach PTA [Petrograder Telegraphenagentur] ein großes Informationsbüro« die Arbeit aufnehme. Ziel sei die »Unterrichtung Europas über die Bol'sheviki und Informationen über Europa für uns«. Die damit verbundene Herausgabe einer *Russischen Korrespondenz* unter der Redaktion von Franz Mehring und Ernst Meyer scheiterte allerdings an Mehrings körperlicher Schwäche, sodass die geplante Informationsarbeit in anderer Form geleistet werden musste. Dazu bereitete Joffe selbst »die Herausgabe von russischem Material vor (Dekrete, Ihre [Lenins] Broschüren und Reden, die Arbeiten Trotzkijs usw.)«. Zusammen mit dem Schreiben schickte er die neueste Flugschrift der Spartakusgruppe und versicherte Lenin: »Alles, was ich konnte, habe ich getan.«³³

Deutsche Linke als Angestellte der russischen Botschaft und der ROSTA

Sowohl in der russischen Botschaft als auch bei der erwähnten Nachrichtenagentur waren deutsche Linke in verschiedenen Funktionen tätig. Die deutsche Abteilung der PTA, später ROSTA (*Rossiskoje Telegrafnoje Agenstvo*), wurde von Ernst Meyer, der zur Spartakusführung gehörte, geleitet. Weiter arbeitete Emil Eichhorn, bis 1916 an der Spitze des Pressediensts der SPD, ab 1917 der USPD, in der Agentur,³⁴ ebenso – in der russischen Abteilung – Eugen Leviné, ein emigrierter russischer Sozialrevolutionär, der während des Kriegs nur lose Kontakte zur Spartakusgruppe unterhielt und sich ihr erst in der Revolutionszeit vollständig anschloss.³⁵ Mitte Oktober kam noch Käte Duncker hinzu.³⁶ Das Referat des Botschafters für deutsche Angelegenheiten leitete – zunächst gemeinsam mit Eugen Leviné, der im Sommer zur ROSTA wechselte – die Ingenieurin für Elektrotechnik Fanny Jezierska, die mit den Ehepaaren Duncker und Mehring gut befreundet war. Jezierska war seit 1918 eine wichtige Helferin der Spartakusführung, über sie liefen viele Kontakte zwischen den Spartakusführern und der russischen Botschaft.³⁷ Außerdem waren dort noch eine ganze Reihe weiterer Berliner Genossinnen und Genossen beschäftigt wie beispielsweise Wanda Marcussohn, Vorstandsmitglied der

32 Brief vom 1.–4. 6. 1918, in: Adolphe A. Joffe, Teil II (Anm. 19), S. 236 f. u. 240; zu Lenins Anfragen siehe ebd., S. 237, Anm. 37. In einem 1919 in der Zeitschrift *Westnik schisni* veröffentlichten Erinnerungsbericht Joffes heißt es dazu: »Die [Sowjetbotschaft] leitete und subventionierte mehr als zehn linkssozialistische Zeitungen [...].« (*Westnik schisni* Nr. 15, 1919, S. 36 f; zit. nach Pipes: *Die Macht der Bolschewiki* [Anm. 30], S. 475) Deren Titel werden weder hier noch in den Botschaftsberichten genannt.

33 Schreiben vom 18. 6. 1918 u. 24. 6. 1918, in: Adolphe A. Joffe (Anm. 19), S. 256 u. 259 (Zitate).

34 Ernst Meyer an KPD-Zentrale, 1. 8. 1925, in: SAPMO-BArch, RY I 2/3/75, Bl. 334 f.

35 Rosa Meyer-Leviné: Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs, München 1974, S. 46.

36 Käte an Hermann Duncker, 20. 9. 1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 141, Bl. 169; Hermann an Hedwig Duncker, 5. 11. 1918, ebd., Nr. 155, Bl. 305.

37 Meyer-Leviné: Leviné (Anm. 35), S. 40 f.; siehe auch Ottokar Luban: Fanny Thomas-Jezierska (1887–1945). Von Rosa Luxemburg zu Gramsci, Stalin und August Thalheimer – Stationen einer internationalen Sozialistin, in: JHK 2003, S. 286–319, hier S. 290–294.

von der Spartakusgruppe dominierten Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, und Georg Müller, zeitweilig zweiter Vorsitzender des radikalen Berliner Jugendbildungsvereins.³⁸

Es gibt leider keine konkreten Aussagen darüber, ob und wie diese Mitarbeit in der Botschaft und der Nachrichtenagentur die logistisch-agitatorischen Möglichkeiten der deutschen Revolutionäre verbesserte – ob sie etwa für die illegale Flugblattagitatio­n genutzt werden konnte. Nach Ernst Meyer gab es in der ROSTA zunächst nur die Möglichkeit zum Hektografieren aller Mitteilungen, bis er eine Druckmaschine in den Büroräumen installieren ließ.³⁹ Hier könnten Spartakusflugblätter gedruckt worden sein, obwohl dies wegen einer möglichen polizeilichen Überwachung eigentlich nicht ratsam war. Die Politische Polizei vermutete, ohne »gerichtlich verwertbare Beweise« zu haben, dass ein am 14. Oktober 1918 auf einer Wählerversammlung in Berlin verteiltes revolutionäres Flugblatt in den Räumen der ROSTA hektografiert worden sei.⁴⁰ Joffe erwähnte 1919 in einem maßlos übertriebenen – verglichen mit seinen Briefen an Lenin sogar teilweise wahrheitswidrigen – Erinnerungsbericht allgemein die Front und das Hinterland, aber nicht die ROSTA als Druckort.⁴¹ Wie Rosa Luxemburg Ende September 1918 kritisierte, wurden durch die Beschäftigung vieler deutscher Linker in der russischen Botschaft und der Telegraf­enagentur sogar Kräfte von der revolutionären Arbeit der Spartakusgruppe abgezogen.⁴² Tatsächlich hielt im Fall des besonders aktiven linksradikalen Jugendgenossen Georg Müller die Berliner Politische Polizei Mitte Oktober 1918 nach monatelangen Beobachtungen fest, dass er nach seiner Anstellung als Kontorbote in der ROSTA kaum noch in der revolutionären Arbeiterjugend politisch aktiv war, da ihn seine berufliche Tätigkeit bis in den Abend hinein in Anspruch nahm.⁴³

Finanzielle Unterstützung bei der Waffenbeschaffung

In den ersten Dezembertagen 1918 meldete die deutsche Nachrichtenagentur WTB [Wolffsches Telegraphen Büro], von ausgewiesenen russischen Botschaftsangehörigen seien Rechnungen für Waffenankäufe über eine Gesamtsumme von 105 000 Mark in einem

38 Hermann an Hedwig Duncker, 5.6.1918, in: SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 273 [zu Marcussohn]; Sonderarchiv im Staatlichen Militärarchiv, Moskau, Nr. 567-3-1247 (Reichsgerichtsakte J 435/18), Bl. 4 Rück. u. Bl. 6 Rück. [zu Georg Müller].

39 Ernst Meyer an KPD-Zentrale, 1.8.1925, in: SAPMO-BArch, RY I 2/3/75, Bl. 335.

40 Polizeibericht vom 26.10.1918, in: Leo Stern (Hg.): Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 4/IV), Berlin [Ost] 1959, S. 1681.

41 »Hunderttausende revolutionäre Flugblätter und Proklamationen wurden Woche für Woche im Hinterland und an der Front gedruckt und verteilt.« (Joffe in: Westnik schisni, Nr.15 [1919], S. 36f.; zit. nach Pipes: Die Macht der Bolschewiki [Anm. 32], S. 475 f.).

42 Rosa Luxemburg an Julian Marchlewski, 30.9.1918, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 6, hg. von Annelies Laschitzka, Berlin 1993, S. 210.

43 Sonderarchiv im Staatlichen Militärarchiv, Moskau, Nr. 567-3-1247 (Reichsgerichtsakte J 435/18), Bl. 6 Rück., Bl. 7.

Eisenbahnabteil vergessen worden. Offensichtlich in der Absicht, die nach Meinung der Bolschewiki der Revolution abtrünnig gewordenen USPD-Volksbeauftragten ins Zwielicht zu bringen, bestätigte daraufhin Joffe in zwei offenen Radiotelegrammen vom 5. und 15. Dezember die Waffenfinanzierung und korrigierte den Betrag sogar nach oben: Vor der deutschen Novemberrevolution seien mit Wissen des USPD-Vorsitzenden Haase über Mittelspersonen mehrere Hunderttausend Mark für Waffenbeschaffung an Emil Barth, informeller Anführer der sogenannten Revolutionären Obleute und ab 10. November Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, also der neuen Regierung, übergeben worden.⁴⁴ Barth bestätigte den Erhalt der Gelder, die er aber weder von Joffe noch von anderen Russen, sondern von deutschen Idealisten bekommen haben wollte. Haase sei erst im Nachhinein von ihm informiert worden.⁴⁵ Haase seinerseits erklärte, die USPD habe sich weder an der Verbreitung von aus russischer Quelle stammenden Propagandaschriften beteiligt noch Geld für Waffenkäufe angenommen.⁴⁶

Nach der Niederschlagung des Massenstreiks im Januar/Februar 1918 hatten die Hauptträger dieser Bewegung, die linken oppositionellen gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Berliner Metallindustrie, die später als Revolutionäre Obleute bekannt wurden, unter Emil Barth sowie den bald hinzukommenden USPD-Politikern Ernst Däumig und Georg Ledebour begonnen, die nächste Massenaktion zu planen. Es handelte sich um einen politischen Massenstreik mit anschließender von den Arbeitern getragener bewaffneter revolutionärer Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Die Bewaffnung war in erster Linie für Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei gedacht (bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man auf ein Überlaufen zu den Demonstranten) und wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Aufstands angesehen.⁴⁷

Von Juli bis Mitte September 1918 hatten die Obleute vergeblich versucht, das Geld für die Waffenkäufe in Holland von den Finanziers der deutschsprachigen sozialistischen Zeitung *Der Kampf* zu bekommen.⁴⁸ Wahrscheinlich hatten sie die Kontaktaufnahme zur rus-

44 Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien–München 1966, S. 365 f. Die einzelnen Funksprüche sind abgedruckt in: Herbert Michaelis (Hg.): Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs (= Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 2), o. O., o. J. [Berlin 1958?], S. 534–539; Vermerk über die Waffenrechnungen (Abschrift), gez. Solf, 1. 12. 1918, in: PA, Berlin, R 19594, unp.

45 Siehe Sitzung des Rates der Volksbeauftragten sowie Presseerklärung Barths vom 9. 12. 1918, in: Werner Conze (Hg.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1), Düsseldorf 1969, S. 301 f. u. S. 302, Anm. 8.

46 Siehe Sitzung des Rates der Volksbeauftragten sowie Presseerklärung Haases vom 9. 12. 1918, ebd., S. 302 mit Anm. 7.

47 Emil Barth, 9. 12. 1918, Sitzung des Rates der Volksbeauftragten, ebd., S. 301; siehe auch: Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919, S. 33.

48 Siehe Jean-Claude Montant: La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes, thèse pour le doctorat de l'État, université de Paris I, Panthéon-Sorbonne 1988, S. 1479–1496; Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute (Anm. 1), S. 158.

sischen Botschaft lange gescheut, weil diese intensiver Überwachung durch die Politische Polizei ausgesetzt war.⁴⁹ Mitte September kam es jedoch zu einem Treffen Barths mit einem führenden Vertreter der Bolschewiki. Während eines Aufenthalts in Berlin referierte Petr Stučka als Repräsentant der russischen Partei auf einer internen USPD-Konferenz am 11. und 12. September über die russische Revolution und besuchte an einem der folgenden Tage auch eine Sitzung der Revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth. Dort habe er, Stučka, sich »bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz«. Anschließend kam es zu einer privaten Unterhaltung, in der Barth noch schärfer auftrat als zuvor.⁵⁰ Hierbei muss dieser die Finanzierung der Waffenkäufe angesprochen haben, denn Joffe erklärte später im Dezember 1918, Barth habe ihm bei ihrem einzigen Gespräch im Rahmen des Liebknecht-Empfangs in der russischen Botschaft am 24. Oktober 1918 Vorwürfe gemacht, »dass ich ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der Kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von zwei Millionen seinerzeit nicht ausgehändigt hatte«.⁵¹

Aufgrund der Stučka-Berichte, der Waffenrechnungen⁵² und der Bemerkung Joffes kann erstmals der Zeitraum der Waffenfinanzierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 datiert werden. Joffe erwähnt allerdings erst am 13. Oktober in seinem Brief an Lenin die Geldzuwendung für die »Bewaffnung«.⁵³ Die Gelder für die Waffenkäufe wurden höchstwahrscheinlich im Auftrag von Joffe über den USPD-Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalt Oscar Cohn, den juristischen Vertreter der Botschaft, zu den Revolutionären Obleuten transferiert, wobei die Kenntnis darüber auf ganz wenige Eingeweihte beschränkt blieb.

Joffes vergebliches Warten auf die deutsche Revolution

Als sich Ende September, Anfang Oktober 1918 die Niederlage der Mittelmächte und ihrer Verbündeten abzeichnete und in Deutschland erstmals eine quasiparlamentarische Regierungsumbildung vorgenommen sowie ein Waffenstillstandsangebot vorbereitet worden war, setzten zunächst Lenin und später auch die übrige Führung der Bolschewiki voll auf den Erfolg der Revolution in Deutschland und richteten ihre Politik darauf aus.⁵⁴ Während in den Moskauer Zeitungen das Bevorstehen der Revolution in Deutschland verkündet wurde, kamen aus Berlin nicht nur von Joffe, sondern auch von anderen bolschewistischen Beobachtern wie Wladimir P. Miljutin, Angelica Balabanoff und Julian

49 PA, Berlin, R 2037, unpubl.: Polizeibericht Berlin, 3. 8. 1918; Miljutin an Lenin, o. D. [nach dem 14. 10. 1918], in: RGASPI, f. 5, op. 1, d. 1204, Bl. 1. Für die Übersetzung danke ich Dr. Ruth Stoljarowa.

50 Stučka: *Germanskije »nesawisimye« rewoljuzionery* (Anm. 28; mit Zitat); Stučka an Lenin, 16. 9. 1918, in: RGASPI, f. 5, op. 3, d. 255, Bl. 1–6.

51 Zit. in: Michaelis: *Der militärische Zusammenbruch* (Anm. 44), S. 535 f.

52 Siehe Baumgart: *Deutsche Ostpolitik 1918* (Anm. 44), S. 365, Anm. 133.

53 Vatlin: *Im zweiten Oktober* (Anm. 1), S. 195; siehe auch RGASPI, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 40 Rückss.: »Sogar für die Bewaffnung wollen sie nicht mehr nehmen, als sie bisher genommen haben.«

54 Vatlin: *Im zweiten Oktober* (Anm. 1), S. 184–199.

Marchlewski äußerst skeptische Berichte über den Stand der revolutionären Entwicklung im deutschen Kaiserreich.

Joffe hielt Lenin in seinem Schreiben vom 13. Oktober 1918 entgegen: »Sie überschätzen zweifellos die Nähe der deutschen Revolution.« Die Liberalisierungsmaßnahmen der deutschen Regierung und die Revolutionsdämpfung durch die Mehrheitssozialdemokraten hätten Wirkung erzielt, sodass nicht nur die MSPD, sondern auch das deutsche Proletariat gegen eine Revolution sei – »[...] und deshalb kann man auf die deutsche Revolution in nächster Zeit nicht hoffen.«⁵⁵ Die Unabhängigen waren für Joffe trotz eines revolutionären Aufrufs, den sie auf sein Drängen (!) erlassen hatten, unzuverlässig, und er erwartete, dass sie die Revolution verraten würden.⁵⁶ Die Spartakusgruppe war trotz ihrer Schwäche seine einzige Hoffnung, vor allem für die Zeit nach der Freilassung Karl Liebknechts, ihres einzigen populären Führers. Auf Joffes Anregung hin wollte die Spartakusgruppe bei der Eröffnung der Reichstagssession Demonstrationen veranstalten. Dennoch blieb Joffe skeptisch: »Es ist ein Unglück, dass sie so schwach sind.«⁵⁷ Dies zeigte sich auch auf der von der Spartakusgruppe gemeinsam mit den Bremer und Hamburger Linksradikalen am 13. Oktober 1918 (nicht am 7., wie in dem gedruckten Bericht zur Irreführung der Polizei angegeben) in Berlin durchgeführten Konferenz. Die deutschen Linken waren nicht in der Lage, eine eigene Resolution zu verabschieden, sondern stimmten einem Aufruf an die Bevölkerung zu, der von Joffe (!) verfasst worden war.⁵⁸

Zu einem ähnlichen Urteil wie der Botschafter gelangte ungefähr zur gleichen Zeit der sowjetische Wirtschaftsexperte Wladimir P. Miljutin, als er Mitte Oktober nach Gesprächen mit Ledebour und den Spartakisten aus Berlin nach Moskau berichtete: »[...] alle sagen, es werde *einen Umsturz* geben, zugleich wird die Situation in Bezug auf die Organisation allerdings sowohl von unseren [russischen] als auch von den deutschen Genossen (!) als nicht besonders gut eingeschätzt.« Bei den Unabhängigen sei nur Ledebour eine positive Ausnahme. Die Spartakusgruppe habe bisher keine einzige Demonstration zustande gebracht. Deshalb solle man aus Russland Organisatoren schicken, auch jemanden, »[...] der für sie Flugblätter u. ä. verfasst«. Die Helfer dürften nicht mit der Botschaft in Verbindung stehen, weil diese von der Polizei überwacht werde.⁵⁹

Angelica Balabanoff berichtete am 19. Oktober nach einem kurzen Besuch in Berlin von ausführlichen Gesprächen mit den Spartakisten und Unabhängigen Sozialdemokraten: Alle rechneten mit Sicherheit mit einem Umsturz, hätten aber unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt. Auf ihre Frage an die Spartakisten, welchen Einfluss sie auf die Massen hätten, habe sie keine konkrete Antwort bekommen. Die USPD-Führer hätten auf ihre zweifelnden Fragen hin behauptet, die revolutionär gesinnten Massen

55 RGASPI, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 40.

56 Ebd., Bl. 41.

57 Ebd., Bl. 41 Rück.

58 RGASPI, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 41. Zum Termin: ebd., Bl. 44 Rück. Für Einzelheiten siehe: Ottokar Luban: Die Oktoberkonferenz der Spartakusgruppe 1918. Neue Forschungsergebnisse, in: HIWK (2009), H. 1.

59 Miljutin an Lenin, o.D. [nach dem 14. 10. 1918], in: RGASPI, f. 5, op. 1, d. 1204, Bl. 1.

seien auf ihrer Seite. Es sei auch eine parteiinterne Solidaritätserklärung mit der russischen Kommunistischen Partei verabschiedet worden.⁶⁰

Der in Moskau in der Verwaltung für die Lebensmittelversorgung tätige Julian Marchlewski, langjähriger Mitstreiter Rosa Luxemburgs in der polnischen und der deutschen Partei, traf sich bei einem kurzen Aufenthalt in Berlin um den 19. Oktober mit Franz Mehring und in einer kleinen Tischrunde mit Sophie Liebknecht, Ernst Meyer und anderen Spartakus-Sympathisanten und schrieb darüber seiner Frau: »Ein bisschen ging's um Politik. Im Allgemeinen ist die Lage miserabel, da eine [Spartakus-]Organisation nicht vorhanden. Ob es ihnen [den deutschen Linken] gelingt, die Situation zu verändern, bezweifle ich. So befürchte ich, dass alles drunter und drüber geht, ein völliges Durcheinander sein wird, [bis] sich aus der Masse selbst heraus organisierte Kräfte bilden.«⁶¹

Am 19. Oktober äußerte wiederum Joffe in einem Schreiben an Lenin, »[...] dass es bei dieser Stimmung noch sehr weit bis zum Aufstand ist.«⁶² Noch im Botschafterbericht Nr. 21 vom 28. Oktober 1918 blieb er bei der pessimistischen Einschätzung, »[...] dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist«. Nur falls die nationale Verteidigung und eine Militärdiktatur ausgerufen würden, würde es schnell zur revolutionären Explosion kommen.⁶³ Die Spartakusführer Wilhelm Pieck und Ernst Meyer bekamen diese anhaltende Skepsis zu spüren, als sie am 29. Oktober in der russischen Botschaft mit den bolschewistischen Genossen über die »Aussichten eines revolutionären Aufstandes« diskutierten und sich Joffe im Gegensatz zu Bucharin »zurückhaltend« zeigte.⁶⁴

Die pessimistischen Beurteilungen der Revolutionsaussichten in Deutschland, vor allem in Berlin, entsprachen durchaus der Realität. Auch nach der Amnestierung Karl Liebknechts und seinem triumphalen Empfang in der Reichshauptstadt am 23. Oktober 1918 zeigte sich die alte furchtsame Haltung der Berliner Arbeiterschaft gegenüber der Obrigkeit. Verzweifelt beklagte Hermann Duncker in einem am 23. Oktober abends nach der Begrüßungs demonstration für Liebknecht geschriebenen Brief das Zurückweichen der Demonstranten vor der Polizei sowie in einem weiteren Schreiben vom 5. November die Passivität der Berliner Arbeiterschaft angesichts der revolutionären Aktionen in anderen Teilen Deutschlands, der Versammlungsverbote in Berlin und der an diesem Tag erfolgten Ausweisung der Russischen Gesandtschaft (wegen angeblichen Schmuggels von revolutionärer Literatur im Diplomatengepäck).⁶⁵ Die Vertrauensleute in den Betrieben sahen am Abend des 2. November mehrheitlich noch keine günstige Stimmung für ein Losschlagen am 4. November, wie ihnen die Führung der Obleute vorgeschlagen hatte. Stattdessen wurde der 11. November für die große

60 RGASPI, f. 5, op. 3, d. 80, Bl. 2–4.

61 Julian Marchlewski an seine Frau Bronislawa, 19.10.1918, in: RGASPI, f. 143, op. 1, d. 98, Bl. 3f. Für die Übersetzung danke ich Dr. Gerd Kaiser.

62 In: RGASPI, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 49f.

63 In: AVP RF, Moskau, f. 04, m. 70, d. 990, Bl. 94f.

64 Wilhelm Pieck: Vorbereitung für die Revolution [Manuskript, Schreibmaschine], in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, Nachlass Paul Levi, Mappe 34, Bl. 2; 2. Exemplar in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 384.

65 SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 155, Bl. 303 (o. D.); ebd., Bl. 306 (5.11.1918).

Aktion in Aussicht genommen. Nach der Abstimmung vom 2. November kehrten von den führenden Revolutionären Oblenten ausgesandte Boten aus der Provinz mit der Nachricht zurück, dass an den meisten Orten noch keinerlei Bereitschaft für eine Revolution vorhanden sei. Trotzdem drängte Liebknecht bei den revolutionären Oblenten immer wieder auf ein abgestuftes Vorgehen mit Versammlungen und Demonstrationen, die bei ausreichendem Massenzuspruch in einen Generalstreik mit revolutionärer Erhebung übergeleitet werden sollten. Die Führung der Oblenten blieb jedoch bei ihrem Plan einer einmaligen schlagartigen Aktion. Die Spartakusgruppe selbst konnte keine wirkungsvollen Aktivitäten initiieren, denn angesichts der durch die Verhaftungswellen von März und August dezimierten Führer- und Helferschar musste Paul Levi in einem Schreiben vom 5. November an Rosa Luxemburg eingestehen, dass »[...] uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen könnte [...]«. ⁶⁶

Der russische Botschafter Adolphe A. Joffe musste also am 6. November Deutschland nach seiner Ausweisung in dem Bewusstsein verlassen, dass trotz seiner vielfältigen Aktivitäten zur Stärkung der radikalen Linken die Aussicht auf einen revolutionären Umsturz ungewiss geblieben, ja sogar eher negativ einzuschätzen war.

Ergebnisse der bolschewistischen Einflussnahme

Allerdings sorgte Joffe für die nächste Phase der Revolution vor, indem er zwischen seiner Ausweisung am 5. und seiner Abreise am 6. November 1918 Oscar Cohn ein halbe Million Mark für die Förderung der deutschen Revolution übergab. ⁶⁷ Sie gingen offensichtlich in erster Linie an die Spartakusgruppe – ab 11. November Spartakusbund, ab 31. Dezember 1918 KPD –, die als informelle Gruppe innerhalb der USPD über keinerlei Parteigelder verfügte. Ihre Führung konnte damit gleich nach dem revolutionären Umsturz vom 9. November 1918 in Berlin mit den Vorbereitungen für die Herausgabe einer Tageszeitung und den Aufbau einer Organisation beginnen. ⁶⁸

Auch in der vorrevolutionären Zeit hatten die Bemühungen des bolschewistischen Botschafters Anteil an der Stärkung der linkssozialistischen Kräfte in Deutschland: Trotz seiner kontinuierlichen Klagen über die Partei hat Joffes Drängen auf ein offensiveres Vorgehen der Unabhängigen Sozialdemokraten Wirkung im Sinne einer Aktivierung und Radikalisierung erzielt, wie Analysen der US-Historiker Morgan und Wheeler zeigen. ⁶⁹ Weiterhin haben Joffe und andere Bolschewiki erheblich dazu beigetragen, dass die kritische Haltung

66 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 3. November 1918), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XI, 1971, S. 225–240, hier S. 239.

67 Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918 (Anm. 44), S. 366f.

68 Aus dem von Joffe stammenden Guthaben der Spartakusführung wollten die führenden revolutionären Oblenten während des Januaraufstands 1919 in Berlin die Entlohnung und Verköstigung der revolutionären Soldaten und Arbeiter bestreiten. Siehe: Wilhelm Pieck: Erinnerungsmanuskript, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 384, Bl. 121.

69 Morgan: The Socialist Left (Anm. 26), S. 110–112; Wheeler: USPD und Internationale (Anm. 26), S. 40–43.

prominenter Unabhängiger Sozialdemokraten wie Kautsky und Bernstein zur bolschewistischen Politik in der USPD nicht die Oberhand gewann, sondern die von den Linken Franz Mehring und Ernst Däumig – trotz punktueller Vorbehalte – repräsentierte Zustimmung, Sympathie und Solidarität überwog. Wichtig war auch die finanzielle Unterstützung für die durch behördliche Maßnahmen behinderte und unterdrückte Agitation der Linksozialisten. Die russische Botschaft förderte offensichtlich sowohl für die USPD mehrere Presseorgane als auch für die Spartakusgruppe deren illegale linksradikale Flugschriften und Broschüren sowie ihre einzige legale Zeitung *Sozialdemokrat* (Stuttgart), zumal für die Spartakusagitation wahrscheinlich ab Frühjahr 1918 keine Finanzmittel mehr aus linksbürgerlichen pazifistischen Kreisen flossen.⁷⁰ Als wichtigste Unterstützungsmaßnahme sind die Geldzuwendungen der russischen Botschaft für die Waffenbeschaffung einzuschätzen. Die Bewaffnung besaß entscheidende psychologische Bedeutung für die Revolutionären Obleute, die sich nur so für die Konfrontation mit der kaisertreuen Polizei ausreichend gerüstet fühlten. Sie war also eine der Voraussetzungen für die revolutionäre Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft am 9. November 1918.⁷¹

Zwar haben Joffe und die Bolschewiki mit ihrer massiven Einflussnahme nicht ihr Ziel einer Machtübernahme durch eine von Spartakusmitgliedern geführte linkssozialistische Regierung erreicht, aber sie haben erheblich dazu beigetragen, die Linksozialisten in ihren revolutionären Bestrebungen zu stärken, sodass der revolutionäre Umsturz in Berlin und das Ende des halbabsolutistischen Regierungssystems erreicht wurden. Allerdings mit der weder von den Linksozialisten noch den Bolschewiki gewollten Folge einer mehrheitssozialdemokratisch dominierten Interimsherrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte sowie der anschließenden Errichtung einer Republik.

70 Siehe Ottokar Luban: Die Finanzierung der illegalen Antikriegsflugschriften im Ersten Weltkrieg. Spartakusgruppe und linksbürgerliche Pazifisten im Bund ›Neues Vaterland‹, in: JHK 2008, S. 32–45. Auch die Zeitung der Bremer Linksradikalen ›Arbeiterpolitik‹ wurde von der russischen Botschaft finanziell unterstützt.

71 Siehe dazu Ottokar Luban: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/I, S. 53–78, hier S. 70.